



Presseschau vom 27.01.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: **Ukrainische Marineschiffe inspizieren Asowsches und Schwarzes Meer**

Schiffe und Boote des ukrainischen Grenzschutzes haben plangemäß ihre Verantwortungsgebiete im Asowschen und Schwarzen Meer befahren, berichtet der Pressedienst der ukrainischen Grenzschutzbehörde am Samstag.

„Die Seeschutzkräfte des Staatlichen Grenzdienstes der Ukraine haben innerhalb einer Woche plangemäß ihre Schiffe und Boote in den Verantwortungsgebieten des Asowschen und Schwarzen Meeres eingesetzt“, heißt es.

Es wird mitgeteilt, dass die Grenzer die Schifffahrtsordnung sowie das Einhalten der Regeln für die Staatsgrenze und die anliegende Zone durch ausländische und ukrainische Schiffe geprüft sowie die Situation im nordwestlichen Teil der ausschließlichen Wirtschaftszone der Ukraine und in den Fischfanggebieten überwacht haben.

Nach Angaben der Behörde sind mehr als 3.500 Quadratmeilen Meeresfläche besichtigt, rund 40 Schiffe unterschiedlicher Klassen ermittelt und identifiziert sowie Frachtschiffe begleitet worden, die zu ukrainischen Häfen, darunter auch zum Handelshafen von Mariupol, unterwegs waren.

Im Rahmen der Inspektion seien die Beständigkeit der natürlichen Ressourcen sowie die Befolgung der Regeln für die industrielle und sonstige Tätigkeit kontrolliert worden, so die Behörde.

Die russische Küstenwache hatte am 25. November im Raum der Straße von Kertsch drei ukrainische Schiffe aufgebracht und die Besatzungsmitglieder, darunter mindestens zwei Geheimdienstler, festgesetzt.

Die Schiffe, die Waffen an Bord hatten, wollten ins Asowsche Meer einlaufen, ohne dass die Durchfahrt zuvor beim russischen Grenzschutz angemeldet worden war. Die Schiffe mit abgeschalteten Transpondern drangen unerlaubt in das russische Territorialgebiet ein und reagierten nicht auf Warnungen der russischen Seite, dass sie die Staatsgrenze verletzen. Moskau bezeichnete dies als einen Verstoß gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und gegen bilaterale Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern.

de.sputniknews.com: **Russlands UN-Botschafter: Militärszenario in Venezuela um jeden Preis vermeiden**

Russland ist überzeugt, dass ein Militärszenario in Venezuela um jeden Preis vermieden werden muss. Dies erklärte der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja am Samstag. „Die USA erklärten, dass sie alle Varianten erwägen, was eine Andeutung auf etwas Größeres darstellt als das, was zurzeit vor sich geht. Das ist gefährlich. Wenn dies in etwas mehr Militärisches hinüberwachsen wird, dann wird das noch viel trauriger sein. Wir sind der Ansicht, dass dies um jeden Preis vermieden werden muss“, sagte er nach der Sitzung des UN-Sicherheitsrates zum Geschehen in Venezuela.

Am 21. Januar hatten in Venezuela Massenproteste gegen den derzeitigen Präsidenten Nicolás Maduro begonnen. Bei den während der Proteste erfolgten Zusammenstößen waren Menschen ums Leben gekommen. Oppositionsführer Juan Guaidó erklärte sich am 23. Januar zum Interimspräsidenten. Die USA und eine Reihe lateinamerikanischer Länder erkannten Guaidó unverzüglich als solchen an. Maduro, der im Januar seine zweite Amtszeit angetreten hatte, kündigte daraufhin den Abbruch der Beziehung zu den USA an. Russland bekundete Maduro als dem legitimen Präsidenten Venezuelas seine Unterstützung.

Die Opposition in Venezuela habe erklärt, die internationale Gemeinschaft solle sie unterstützen.

US-Präsident Donald Trump erkannte Guaido als venezolanischen Übergangspräsidenten an. Ähnliche Erklärungen gaben Kanada, Brasilien, Argentinien, Kolumbien, Chile, Peru und andere Staaten ab. Mehrere Amtsträger in den USA sind über das Schicksal der US-Diplomaten in Venezuela besorgt, nachdem Maduro die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten abgebrochen und vom diplomatischen US-Personal gefordert hatte, Venezuela binnen 72 Stunden zu verlassen. Indes bekräftigte die Armee ihre Treue zum legitimen Präsidenten Maduro.

vormittags:

de.sputniknews.com: **Leningrader Blockade: Berlin will Überlebenden 12 Millionen Euro zahlen**

Am heutigen Sonntag jährt sich das Ende der Belagerung von Leningrad zum 75. Mal. Russlands Außenminister Sergej Lawrow und sein deutscher Amtskollege Heiko Maas haben in einer gemeinsamen Erklärung die Entscheidung der Bundesregierung begrüßt, den Überlebenden der 872 Tage langen Blockade zwölf Millionen Euro bereitzustellen.

Sie basiere „auf der Anerkennung der Verantwortung für das Unrecht, das damals im Namen des deutschen Volkes verübt worden ist“, heißt es in der Erklärung.

Die Minister begrüßen die Entscheidung der deutschen Bundesregierung, eine „freiwillige humanitäre Geste“ gegenüber jenen Blockade-Opfern zu machen, die noch am Leben sind.

Demnach sollen in St. Petersburg zwölf Millionen Euro für die Modernisierung des Krankenhauses für Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges und die Schaffung eines deutsch-russischen Begegnungszentrums für die russische und deutsche Öffentlichkeit sowie für die Opfer der Blockade bereitgestellt werden.

„Wir sind uns sicher, dass diese freiwillige Maßnahme die Lebensqualität der noch lebenden Opfer der Belagerung verbessern und zur historischen Versöhnung zwischen den Völkern beider Länder beitragen, die eine Grundlage unserer künftigen bilateralen Beziehungen wird“, heißt es in der Erklärung weiter.

Zuvor am Donnerstag hatte die „Süddeutsche Zeitung“ getitelt „Moskau missbraucht das Gedenken an Leningrad“ und die russische Regierung dafür kritisiert.

Beim Nürnberger Prozess wurde angegeben, dass infolge der Blockade Leningrads 630.000 Einwohner getötet wurden bzw. verhungerten. Nach anderen Angaben beträgt die Zahl der Opfer eineinhalb Millionen. Drei Prozent von ihnen wurden bei Luftangriffen getötet, 97 Prozent starben an Hunger. Wie der amerikanische Politikphilosoph Michael Walzer feststellt, „sind bei der Belagerung Leningrads mehr Zivilisten gestorben als in der Hölle von Hamburg, Dresden, Tokio, Hiroshima und Nagasaki zusammengenommen“.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32363/44/323634430.jpg>

de.sputniknews.com: **75 Jahre seit Ende der Leningrad-Belagerung: Militärparade in St. Petersburg**

Am heutigen Sonntag jährt sich das Ende der Leningrad-Blockade zum 75. Mal. In St. Petersburg findet zu diesem Anlass eine Militärparade statt.

Die Belagerung von Leningrad dauerte insgesamt 872 Tage – vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944, als die Stadt endgültig befreit wurde. Mehr als eine Million Bürger starben während der Blockade, die meisten davon vor Hunger und Kälte.

<https://www.facebook.com/sputnik.deutschland/videos/350980275495975/>

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen sechsmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Shelobok, Molodjoshnoje und Losowoje. Geschossen wurde mit 82mm- Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: **„Fast kindisch“: Venezuela akzeptiert Ultimatum der Europäer nicht**

Caracas hat laut der Zeitung „El Universal“ in einer außerordentlichen Sitzung des UN-Sicherheitsrates am Samstag die Forderung von mehreren EU-Staaten nach baldigen Neuwahlen abgelehnt.

Demnach bezeichnete Außenminister Jorge Arreaza den Appell als „fast kindisch“. Venezuela werde sich „von niemandem jegliche Entscheidungen oder irgendeine Ordnung aufzwingen lassen“.

Die Sitzung war der Situation in Venezuela gewidmet und von den USA durchgesetzt worden, allerdings nur mit der minimal nötigen Anzahl von neun Stimmen.

Wenige Tage nach der versuchten Entmachtung von Venezuelas Staatsoberhaupt Nicolás Maduro hatten Spanien, Frankreich und Deutschland von Maduro fast zeitgleich ultimativ Neuwahlen gefordert und anderenfalls gedroht, den selbsternannten Übergangspräsidenten Guaidó anzuerkennen.

Acht Tage wollten die EU-Staaten Venezuela Zeit geben, um Wahlen abzuhalten.

Die USA und einige lateinamerikanische Staaten erkannten Guaidó umgehend als Übergangspräsidenten an. Russland, China, die Türkei und weitere Staaten bekundeten dagegen Solidarität mit Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem aus den USA choreographierten Putsch-Versuch sprach.

Zugleich erklärte sich Maduro wiederholt zu Verhandlungen mit seinen Gegnern bereit.

Oppositionschef Guaidó lehnte Gespräche jedoch ab.

Der Präsident der entmachteten Nationalversammlung von Venezuela (Asamblea Nacional), Juan Guaidó, hatte sich am Mittwoch während der Proteste zum Übergangspräsidenten des Landes erklärt.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 26. Januar 3:00 bis 27. Januar 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 9.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Jasinowataja, Krutaja Balka, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Leninskoje, Kominternowo, Sachanka.

Opfer unter den friedlichen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 26.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 168.

Ab 01:01 am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Venezolanischer Militärattaché in Washington des Hochverrats beschuldigt**

Das Verteidigungsministerium Venezuelas hat den Militärattaché an der venezolanischen Botschaft in Washington, José Luis Silva, des Hochverrats beschuldigt, nachdem dieser verkündet hatte, Nicolás Maduro nicht mehr als legitimen Staatschef anzuerkennen. Die entsprechende Mitteilung wurde auf dem Twitter-Account des Verteidigungsamts veröffentlicht.

Die Worte des Militärattachés wurden in Venezuela demnach als „Verrat und Feigheit gegenüber dem von unserem Befreier Simón Bolívar geerbten Heimatland“ betrachtet. „Deshalb lehnen wir diese Äußerungen von José Luis Silva ab, der in den USA als Militärattaché tätig war“, heißt es im Twitter-Beitrag.

Zuvor hatte sich der venezolanische Militärattaché in Washington, José Luis Silva, von Maduro losgesagt. Zudem hatte er auch andere Vertreter der venezolanischen Streitkräfte aufgefordert, den Oppositionsführer Juan Guaidó als legitimen Präsidenten Venezuelas anzuerkennen....

de.sputniknews.com: **„Persönlicher Schmerz“ durch Leningrader Blockade: Putin gedenkt seines Bruders**

75 Jahre nach der Beendigung der Leningrader Blockade hat Russlands Präsident Wladimir Putin am Sonntag der Hunderttausenden Landsleute gedacht, die in der durch die Wehrmacht belagerten Millionenstadt durch Hunger und Kälte gestorben waren. Unter den Opfern war auch Putins älterer Bruder Viktor.

Mit einer Militärparade und einem Trauerfest gedenkt Sankt Petersburg am Sonntag der Opfer der Blockade, die vom September 1941 bis Januar 1944 gedauert und Schätzungen zufolge bis zu einem Drittel der Stadtbewohner das Leben gekostet hat.

Trotz klirrender Kälte fanden sich am Sonntag hunderte Menschen zu einer Gedenkveranstaltung auf dem Piskarjowskoje-Friedhof ein, unter ihnen auch Staatschef Wladimir Putin. In dieser Massenbegräbnisstätte sind fast 500.000 Blockadeopfer und Verteidiger des damaligen Leningrads bestattet.

Putin legte an einem Massengrab Blumen nieder, in dem sein älterer Bruder Viktor ruht. Dieser war rund ein Jahr nach Beginn der Blockade als Dreijähriger an Diphtherie gestorben. TV-Bilder zeigten, wie der Präsident rote Rosen niederlegte, einen Augenblick lang schweigend vor dem Grab stand und sich dann bekreuzigte. Danach nahm er am Mahnmal „Mutter Heimat“ an einer Gedenkveranstaltung teil.

Laut Präsdientensprecher Dmitri Peskow ist die Leningrader Blockade für Putin etwas „Persönliches, ein Schmerz seiner Familie“.

Putin (66) stammt selbst aus Sankt Petersburg. Sein Vater Wladimir hatte im Krieg für die Stadt, die damals Leningrad hieß, gekämpft und war schwer verletzt worden. Die Mutter des heutigen Präsidenten war in der Blockade beinahe verhungert. Wie er selbst erzählte, hätten die Sanitäter sie bereits für tot gehalten und aus der Wohnung zur Bestattung tragen wollen. Sein Vater, der gerade aus dem Spital nach Hause kam, hätte sich im letzten Moment eingemischt und so seine Mutter gerettet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32372/88/323728823.jpg>

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 27.01.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **neun Mal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von **sieben Ortschaften der Republik beschossen**.

In Richtung Donezk wurden von den Positionen der 28. und 93. mechanisierten und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Martschenko, Klotschkow und Mischantschuk aus die Gebiete von **Jasinowataja, Krutaja Balka, Trudowskije und das Gebiet des Donezker Flughafens** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In Richtung Mariupol haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch die Gebiete von **Kominternowo, Leninskoje und Sachanka** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Informationen über Opfer unter der friedlichen Bevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

In der 79. Gebirgssturmbrigade wurde auf Anweisung des Stabs der Besatzungstruppen die Ermittlung zur Gefangennahme eines Kämpfers dieser Brigade durch unsere Soldaten im Ergebnis eines gescheiterten Ausfalls am 22. Januar abgeschlossen. Nach in der „ruhmreichen ukrainischen Armee“ bestehender Tradition wälzen die Kommandeure immer die Verantwortung von sich ab und legen sie auf die „letzten“ Untergebenen. So ging das Kommando der 79. Brigade auch dieses mal vor.

Nach den Ergebnissen der Ermittlung wurde der gefangene ukrainische Diversant dem übergeordneten Stab als Deserteur gemeldet, der mit der Waffe von den Positionen geflohen war. So wurde durch die Anstrengungen der militärischen Leiter eine weitere ukrainische Familie mit Schande bedeckt und gegen den Kämpfer, der einen Befehl ausgeführt hat, wird ein Strafverfahren eröffnet. Ich hoffe, dass dieser Fall eine weitere Lektion für die anderen ukrainischen Kämpfer sein wird, die beim nächsten Mal gut nachdenken werden, ehe sie einen weiteren „genialen“ Befehl des Kommandeurs ausführen.

Nach uns vorliegenden Informationen wurde im Gebiet südöstlich von Dsershinsk die Ankunft von Scharfschützen aus der 58. Panzergrenadierbrigade bemerkt. Außerdem wurden in diesem Gebiet Vertreter ukrainischer Massenmedien bemerkt. Die Scharfschützen haben

die Aufgabe, provokativen Beschuss durchzuführen, um die Erwidern des Feuers aus Richtung unserer Positionen hervorzurufen.

Die ukrainischen Propagandisten werden im weiteren uns der Verletzung des Regimes der „Ruhe“ beschuldigen. Dieser Maßnahmekomplex wird vom Kommando der Besatzungskräfte zielgerichtet im Vorfeld einer weiteren Runde der Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk und des Besuchs einer ganzen Reihe von Delegationen aus westlichen Ländern im Donbass durchgeführt.

de.sputniknews.com: „Gruselmärchen“: Schriftsteller ließ seinen Namen aus „Das Leben der Anderen“ löschen

Der Film „Das Leben der Anderen“ aus dem Jahr 2006 wurde zu einem Welterfolg. Für den Schriftsteller Christoph Hein, auf dessen Biografie das Drehbuch basieren soll, ist das preisgekrönte Werk des Regisseurs Florian Henckel von Donnersmarck jedoch nichts anderes als „bunt durcheinandergemischter Unsinn“ und ein „Gruselmärchen“.

Heins Gastbeitrag erschien am Donnerstag bei der „Süddeutschen Zeitung“. Darin erzählt er, warum er seinen Namen aus dem Film streichen ließ und damit wohl die Chance verpasste, weltberühmt zu werden.

Der Schriftsteller beschreibt seine erste Begegnung mit dem Filmregisseur Von Donnersmarck. Im Jahr 2002 habe ein befreundeter Schauspieler, Ulrich Mühe, angerufen und gefragt, ob er ihn zusammen mit einem Regisseur für ein Gespräch aufsuchen könne. Wenige Stunden später traf sich Hein mit den beiden in einem Gartenlokal.

Der junge Filmemacher habe seinen Block hervorgeholt und Hein gebeten, sein Leben in der DDR zu beschreiben. Denn er beabsichtige, einen Film zu diesem Thema zu drehen.

Vier Stunden lang habe er mit Von Donnersmarck gesprochen. Der Regisseur habe sich einiges aufgeschrieben und sich am Ende herzlich bedankt. Nun wisse er doch über das Leben in Ostdeutschland Bescheid, wisse, „wie es in dieser Diktatur zugegangen sei“.

Vier Jahre später sei er zur Premiere des Filmes eingeladen worden, so der Autor. Als Hein seinen eigenen Namen im Vorspann sah, war er nach eigenen Worten überrascht. Am Tag darauf habe er den Regisseur in einem Brief aufgefordert, seinen Namen aus dem Vorspann zu streichen.

Denn der Film „Das Leben der Anderen“ erzähle nicht von seinem Leben: „Alles, was ich ihm ein paar Jahre zuvor erzählt hatte, war von ihm bunt durcheinandergemischt und dramatisch oder vielmehr sehr effektiv melodramatisch neu zusammengesetzt worden.“

Der Regisseur sei über die Bitte überrascht gewesen und habe gesagt, er habe lediglich in aller Öffentlichkeit seine Dankbarkeit bekunden wollen.

Auf der Leinwand hatte Hein eine Anspielung an seine Anti-Zensur-Rede von 1987 erkannt, obwohl der Held im Film einen Artikel über Selbstmord schreibt – ein ebenfalls heikles Thema in der ehemaligen DDR.

Die Änderung habe ihn nicht gestört. Vielmehr sei problematisch, dass der Film das Leben in der DDR der späten 80er Jahre zeigen soll.

Aus diesem Grund sei die Tatsache, dass der Filmheld „seine Arbeit konspirativ anfertigen“ müsse, sie auf einer „dramatisch versteckten Schreibmaschine“ schreibe, das Manuskript „in Agentenmanier in den Westen“ schmuggle, dass er, der einer der berühmtesten Autoren des Landes sein soll, samt seiner Freundin, ebenfalls sehr berühmt, „von der Staatssicherheit abgehört und lebensbedrohend bedrängt“ werde — all das sei „bunt durcheinandergemischter Unsinn“.

Die Staatssicherheit habe seine Wohnung zwar tatsächlich für ein „Dreivierteljahr insgeheim verwandt“, schreibt Hein. Wegen einer Flugblattaktion sei er in ihr Visier geraten. „Aber damals war ich ein Student und es waren die Sechzigerjahre.“

In den Achtzigern habe es inzwischen anders ausgesehen: „Der Staat bekam allein mit Repressionen seine Untertanen nicht mehr in den Griff, die Ausreisearträge mehrten sich,

viele geschätzte Künstler verabschiedeten sich für immer, die Grenze wurde durchlässiger.“ Der Schriftsteller bezeichnet den Film als ein „Gruselmärchen“.

„Mein Leben verlief völlig anders. Aber diese Wahrheit ist für ein Melodrama ungeeignet“, so Hein.

Um Wirkung zu erzielen, brauche es ein „Schwarz-Weiß“. Es würden Helden und teuflische Schurken benötigt.

Den Regisseur habe seine Bitte, den Namen zu streichen, sehr verärgert. Von Donnersmarck habe seitdem erzählt, er habe sich von der Biografie des Liedermachers Wolf Biermann inspirieren lassen.

„Das ist natürlich völlig unsinnig, denn Biermann hatte man zwölf Jahre zuvor die Staatsbürgerschaft entzogen, so dass er in den entscheidenden Jahren des Zusammenbruchs des Staates und in dem Zeitraum, in dem der Film spielt, nicht im Land sein konnte.“

Der Autor des Beitrags zeigt sich aber verständnisvoll: Er wisse, dass es „neben der Wahrheit noch die melodramatische Wahrheit“ gebe und „neuerdings die alternativen Fakten“.

Zum Schluss erzählt Hein eine interessante Geschichte: Zehn Jahre nach der Filmpremiere habe ein Professor der Germanistik seine Anti-Zensur-Rede von 1987 mit seinen Studenten besprochen. Die Studenten hätten den Professor gefragt, wie viele Jahre Gefängnis der Autor wegen dieses Textes bekommen habe. Der Professor habe erwidert, der Autor sei nicht ins Gefängnis gekommen.

Darauf hätten die Studenten gemutmaßt, dass die Rede wohl erst nach 1989, also nach der Wende, geschrieben worden sei. Auch diesmal habe der Professor erwidert, er selbst habe sie bereits 1987 gelesen.

„Das sei unmöglich, beharrten die Studenten, so könne es nicht gewesen sein, sie wüssten das ganz genau, weil sie ja den Film ‚Das Leben der Anderen‘ gesehen hätten. Man sei, sagte der Professor zu mir, nach diesem Seminar in Unfrieden voneinander geschieden.“



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32372/97/323729770.jpg>

de.sputniknews.com: **400 russische Leibwächter für Maduro? Kreml dementiert**

Angeichts der Staatskrise in Venezuela weist der Kreml Gerüchte über eine angebliche Entsendung russischer Kämpfer zur Unterstützung des Präsidenten Nicolás Maduro zurück.

Die venezolanische Opposition hatte Maduro am Mittwoch für abgesetzt erklärt.

Vor diesem Hintergrund berichteten Medien, Russland habe 400 Kämpfer nach Caracas geschickt, die Maduro bewachen sollen.

Auf die Frage, ob diese Informationen stimmten, antwortete Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, am Sonntag im Fernsehen: „Nein, natürlich nicht.“

„Die Furcht hat tausend Augen“, ergänzte Peskow und lächelte dabei...

mil-lnr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt und hat eine **Tendenz zur Verschärfung**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **sechsmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Von den Positionen der 10. Gebirgss Sturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte aus wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch die Gebiete von **Shelobok** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen

Auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Majstrenko wurde das Gebiete von **Molodjoshnoje** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Garas wurde das Gebiet von **Losowoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden mehr als 150 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen. Die ukrainischen Truppen verletzen weiter die Minsker Vereinbarungen und verstärken die Positionen am Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Solotoje. So rüsten die ukrainischen Streitkräfte nach Angaben unserer Aufklärung aktiv Schützengräben aus, um in ihnen Waffen und Technik zu stationieren. Diese Tatsache bestätigt auch die OSZE-Mission in ihren Berichten. Nach Angaben der Mission hat am 24. Januar eine Drohne der Mission zwei frische Schützengräben der ukrainischen Truppen innerhalb des Trennungsabschnitts registriert. Genau von diesen Positionen aus wurde Anfang dieser Woche ein Krankenhaus in Solotoje-5 beschossen.

Der Leiter des Generalstabs des Verteidigungsministeriums der Ukraine W. Mushenko betreibt wieder seine eigennützigen Interessen zum Schaden der staatlichen, indem er ein weiteres korruptionsbehaftetes Gesetz über Antiminenaktivitäten auf den Territorien der Oblaste Donezk und Lugansk durch die Rada gebracht hat und Kurse für das Spezialgebiet „Entminungskraft“ auf Basis des 143. Zentrums für Entminung in Kamenez-Podolski, Oblast Chmelnik organisiert hat.

Nachdem erklärt wurde, dass militärische Spezialisten, die in der Lage sind, die ukrainischen **Kämpfer im Sprengstoffwesen** auszubilden, fehlen, wurden **für die Leitung der Kurse NATO-Instrukteure engagiert**.

Dies bestätigt ein weiteres Mal, dass die sogenannte „stärkste Armee Europas“ im Verlauf der Strafoperationen im Donbass unter Kommando solche „großer Heerführer wie M. Sabrodskij und S. Najesw, die zu Nutzen ihrer eigenen Ambitionen tausende von Bürgern der Ukraine ins Verderben gestürzt haben, auch ihre eigenen Militärspezialisten, die in der Lage sind, Sprengstoffarbeiten durchzuführen, nicht heranbilden konnten und das Personal nicht in den elementaren Prinzipien der Entminung von Örtlichkeiten ausbilden konnten.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen und die Verpflichtungen zur friedlichen Regelung des Konflikts genau ein. Dennoch behalten wir uns im Fall einer militärischen Aggression von Seiten des Gegners das Recht vor, operativ mit Gegenmaßnahmen zu reagieren und eine adäquate Antwort zu geben.

de.sputniknews.com: **Kreml: Sanktionen stehen dem Friedensabschluss mit Japan im**

Weg

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, sieht eines der Hindernisse für den Abschluss eines Friedensvertrags mit Japan in den antirussischen Sanktionen.

„Sie (Japan) unterstützen die Sanktionsordnung, und das ist eine der Fragen und eine der Situationen, die die Unterzeichnung eines Friedensvertrages sehr stark behindern“, so Peskow. Der Kreml-Sprecher verwies darauf, dass der russische Präsident Wladimir Putin beim Östlichen Wirtschaftsforum 2018 in Wladiwostok vorgeschlagen hatte, einen Friedensvertrag ohne Vorbedingungen zu unterzeichnen. Sein Vorstoß habe jedoch bei japanischen Kollegen kein Verständnis gefunden.

„In dieser Angelegenheit differieren unsere Herangehensweisen immer noch“, so Peskow. Im Kreml hatten in dieser Woche Verhandlungen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem japanischen Premier Shinzo Abe stattgefunden. Die beiden Spitzenpolitiker bekräftigten ihre Bereitschaft, auf der Grundlage der Gemeinsamen Deklaration aus dem Jahr 1956 weiterzuarbeiten.

Die Beziehungen zwischen Russland und Japan sind seit Jahrzehnten durch das Fehlen eines Friedensvertrages getrübt. Japan beansprucht die südlichsten Inseln des Kurilen-Archipels: Kunaschir, Schikotan, Iturup und Chabomai, und beruft sich dabei auf den bilateralen Handels- und Grenzvertrag aus dem Jahr 1855. Moskau hingegen verweist darauf, dass die Südkurilen im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges in den Staatsbestand der Sowjetunion (Rechtsvorgängerstaat Russlands) aufgenommen wurden und die völkerrechtlich verankerte russische Souveränität über diese Territorien nicht anzuzweifeln ist.